

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1909)
Heft: 13-14

Artikel: Nationalpazifismus
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802826>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sultate erzeugen, so müssen vor allem andern die Regierungen und ihre Delegierten die Gesinnung ihrer Völker kennen. Das internationale Bureau in Bern wird nun zuhanden der III. Haager Konferenz eine Massenpetition zugunsten des internationalen Rechtes und der Schiedsgerichtsdee veranstalten, welche geeignet ist, den guten Willen der Regierungen zu rechtfertigen und denselben die Unterstützung der Wohlgesinnten zuzusichern. Dass wir aber eine solche Kundgebung nur mit Hilfe der Presse, der Behörden und Gesellschaften mit Erfolg unternehmen können, liegt ja klar vor Augen. Der Verband appenzellischer Friedensfreunde wird daher seinen warmen Appell an den h. Regierungsrat, an die Presse und an die Gesellschaften ergehen lassen, damit sie uns in unserm Vorgehen finanziell und moralisch unterstützen möchten. Durch einen minimalen Beitrag von 50 Fr., dessen Zinsen als Jahresbeitrag verrechnet werden, oder durch die öffentliche Anerkennung unserer Institution gleich derjenigen des „Roten Kreuzes“ wäre uns so weit gedient, dass wir uns auch der bessern Unterstützung der Presse erfreuen könnten.

Sie könnten, hochgeehrte Herren, durch wohlwollende Prüfung unseres Gesuches und mit Ihrer für uns so bedeutungsvollen Entscheidung ohne grosse Opfer der Verwirklichung der internationalen Rechtsprechung einen grossen Dienst erweisen. Von diesem Entscheide wird aber auch unsere Stellung zu dem gesamten Verbande und die weitere Existenz desselben sehr beeinflusst werden.

Indem wir Ihnen dieses Gesuch nochmals zu dringender Berücksichtigung empfehlen, zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung

Für den Kantonalverband:

Der Präsident: *K. Rüd.* Der Aktuar: *W. Schiess.*

* * *

Die Antwort lautet wie folgt:

Kantonskanzlei von Appenzell A.-Rh.

An den Verband appenzellischer Friedensfreunde.

Hochgeehrte Herren!

Der Regierungsrat hat Ihr einlässliches Gesuch vom „Juni 1909“ mit Interesse entgegengenommen, ist dann aber doch dazu gelangt, dasselbe abzulehnen. Die Behörde hat sich gesagt: Gewiss, die Bestrebungen der Friedensfreunde sind gut und ideal, aber die Idee muss erst auf breiterer Basis Boden gefasst haben, ehe ihr der Staat seine finanzielle Unterstützung gewähren oder die öffentliche Anerkennung verleihen kann.

In Hochachtung

Für die Kanzlei:

Der Ratschreiber: *J. Tobler.*

* * *

Was nun? Sollen wir nun jenen Elementen zustimmen, welche uns fern bleiben, weil sie behaupten, dass die Behörden nur durch die Verweigerung der Dienstplicht und der Militärbudgets gezwungen werden könnten, den Militarismus einzuschränken? Nein! Unsere Vorkämpfer und Gesinnungsgenossen sollen nicht dadurch erniedrigt werden, dass ihre Freunde in der Schweiz, trotz dem Art. 3 ihrer neuen Zentralstatuten, sich solcher Mittel bedienen, um mit scheinbaren Erfolgen prahlen zu können. Die Antwort des Regierungsrates enthält wenigstens die offizielle Anerkennung, dass die Bestrebungen der Friedensfreunde „gut und ideal“ sind. Es bedeutet das schon den ersten Schritt der staatlichen Anerkennung, obwohl wir leider heute noch nicht wissen, wie wir unsere Idee auf breitere Basis bringen können, solange

uns die Behörden und deshalb auch die Presse ihre Unterstützung versagen. Wir wollen also unseren Mut nicht sinken lassen. Wir richten neuerdings unseren warmen Appell an die Bevölkerung unseres Kantons, dass sie uns durch zahlreiche Beitrittserklärungen hilflich sein möchte, die vom h. Regierungsrate gewünschte „breitere Basis“ zu erreichen. Herr Prof. Charles Richet gibt uns in seinem Buche „Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens“ den Kompass für die Friedensbewegung, indem er auf Seite 43 sagt: „Wirke durch dein Stimmrecht, deinen Einfluss, deine Worte, deine Schriften dafür, den Krieg zu beseitigen und von jetzt ab unmöglich zu machen. Aber wenn die Stimme der Nation den Krieg verlangt, so lehne dich nicht auf gegen die nationale Stimme.“

Die Mitgliedschaft zu unserem Verbande kann erworben werden durch eine einmalige Schenkung von 50 Fr. im Minimum oder 1 Fr. Minimum Jahresbeitrag. Die Anmeldung ist an die Kommission zu richten.

Für den Kantonalverband:

Der Präsident: *K. Rüd.* zum Bienenhof, Herisau.

—o—

Nationalpazifismus.

(Eine Erwiderung.)

Auf die Polemik unseres Mitarbeiters Carl Ludwig Siemerling in Nr. 9/10 dieses Blattes erhalten wir von dem Betroffenen, Herrn Prof. Dr. H. Molenaar, Kochel a. See, eine längere Erwiderung, die wir in den Hauptzügen wörtlich wiedergeben, unter Ausschaltung der persönlich aggressiven Einleitung (vergl. das Schlusswort). Nachdem Herr Dr. M. erklärt hat, sich auf jene Einwände beschränken zu wollen, die auch von anderer pazifistischer Seite schon gegen seine Liga erhoben wurden, fährt er fort:

„Das Wort „Nationalpazifismus“ scheint zunächst eine contradictio in adjecto zu sein, denn die Nationalisten und Pazifisten sind heute noch die erbittertesten Gegner; aber man kann trotzdem schon jetzt den sich anbahnenden Ausgleich der Gegensätze deutlich wahrnehmen. Die immer unerträglicher werdenden Lasten der furchtbaren Rüstungen und die immer entsetzlicher werdenden Kriege einerseits zwingen die Nationalisten ebenso zur allmählichen Anerkennung pazifistischer Forderungen (im nationalen Interesse!), wie die von Tag zu Tag sich deutlicher manifestierende Wucht des völkischen Gedankens anderseits die Friedensfreunde zwingt (im pazifistischen Interesse!), die nationalen Forderungen nicht länger als quantité négligeable zu behandeln; denn unerfüllt bilden sie eine unablässige Kriegsgefahr. Die Völker erwachen allmählich zum Selbstbewusstsein; sie lassen sich nicht länger wie Schafe zur Schlachtkuh führen und in willkürliche Staatspferde sperren. An die Stelle des bisherigen Staatismus tritt ein geläuterter Nationalismus, dem die Unterjochung anderer Nationalitäten um so verhasster ist, je mehr er eigene Volksteile unter fremder Herrschaft leiden sieht. Ehe das bisherige künstliche Gewaltstaatsprinzip dem natürlichen Nationalstaatsprinzip gewichen ist, kann es keine dauernden Föderationen und keinen Weltfrieden geben.“

Es wird nun von manchen Pazifisten behauptet, dieser Übergang sei nur auf kriegerischem Wege möglich, und deshalb müsse man den Gedanken des reinen Nationalstaates als gefährlich bekämpfen. Das Beispiel Norwegens und Schwedens beweist jedoch, dass diese natürliche Entwicklung, welche zuweilen uralt historische Vorurteile wie mit einem Ruck zersprengt,

ohne jede Gewalt vor sich gehen kann, und so ist auch gar nicht einzusehen, warum z. B. Deutschland und Russland nicht im vollen Frieden ihren polnischen Landesteilen Autonomie gewähren und so die Wiederherstellung Polens anbahnen sollten, sobald — was nur eine Frage der Zeit sein kann — sich in den beiden Volksvertretungen eine Majorität für diese an sich selbstverständliche Forderung des elementarsten Völkerrechts findet, denn ein Volk von 13 Millionen lässt sich nicht dauernd knechten.

Man hat dies fälschlich eine „Rückwärtsrevision der Weltgeschichte“ genannt. Es ist aber nichts anderes als die Konstatierung und bewusste Förderung eines allgemeinen Naturprozesses, den man wohl bedauern und hemmen, nicht aber wegleugnen und auf die Dauer unterdrücken kann. Je rascher Nationalisten und Pazifisten diese Wahrheit erkennen, desto schneller werden sie ihre Ziele erreichen.

So unterliegt es z. B. für mich nicht dem geringsten Zweifel, dass, wenn Deutschland 1871 sich mit dem deutschen Sprachgebiet begnügt, das französische dagegen Frankreich gelassen hätte (wie es Bismarck übrigens ursprünglich wollte), wenn es außerdem den zurückerobernten Provinzen (unter gewissen unentbehrlichen nationalen und strategischen Garantien) innere Autonomie, bezw. Gleichstellung mit den übrigen deutschen Bundesstaaten gewährt hätte — dass dann heute von einer Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich gar nicht mehr die Rede sein könnte, und beide Länder im besten Einvernehmen stünden, wenn nicht sogar politisch verbündet wären, zum grössten Vorteil des Weltfriedens. Statt dessen hat die fortgesetzte Missachtung des nationalen Prinzips zu einem chronischen Antagonismus Frankreichs und Deutschlands geführt, der beim geringsten Anlass zu einem Kriege führen kann, worüber alle Versöhnungsreden nicht hinwegtäuschen können. Es hiesse die Situation grösstenteils verkennen, wenn man sich weis machen wollte, dass das französische Volk den status quo als definitiv anerkenne. Selbst ein d'Estournelles de Constant schrieb noch 1904: „Elsass-Lothringen vergessen, hiesse für Frankreich seine Mission aufgeben“, und in seiner jüngst in Berlin gehaltenen Rede sagte er: „Das Vergessen ist unmöglich“ und betonte er die gegenseitigen „Konzessionen“, ohne welche nach seiner Ansicht die definitive Aussöhnung der beiden Länder undenkbar ist — genau das Programm der „deutsch-französischen Liga“, welche über die Art dieser Konzessionen zwar positive Vorschläge machte, die Diskussion darüber aber stets offen liess.

Sehr erstaunlich ist, dass auch Friedensfreunde den mehr als naiven Standpunkt vertreten können, dass die elsass-lothringische Frage durch den Frankfurter Frieden ein für allemal gelöst sei. Angenommen, die Franzosen nähmen uns (im Bunde mit andern Mächten) in einem nächsten Krieg das Reichsland oder gar das ganze linke Rheinufer wieder ab — wäre dann die „Rheinfrage“ ein für allemal gelöst? Würde dann nicht der Tanz von vorn angehen? Würde nicht Deutschland, solange es noch einen Funken nationalen Ehrgefühls besäße, danach trachten, die deutschen Volksgenossen wieder aus der Knechtschaft zu erlösen, und könnte ein einsichtiger Franzose uns deshalb gram sein? Ebenso sollten wir Deutsche für den berechtigten Kern des französischen Nationalgrolls mehr Verständnis haben, dann wäre der erste wichtige Schritt zur Versöhnung getan. Töricht aber ist die Forderung: erst wollen wir uns einmal aussöhnen — das weitere wird sich dann schon finden. Das hiesse den Pflug vor die Ochsen spannen. Nein — erst müssen die Streitfragen zwischen den Völkern

beseitigt werden, vorher ist ein dauernder Friede unter ihnen gar nicht möglich. Die Föderation Europas auf dem status quo begründen, hiesse ein Haus auf Pulverfässern errichten. Es würde eines schönen Tages in die Luft fliegen. Erst müssen die Sprengstoffe unter den Völkern beseitigt sein, ehe man an wirklichen Weltfrieden denken kann.

Den Nationalpazifismus könnte man daher auch den positiven oder Realpazifismus nennen, im Gegensatz zu dem vorwiegend auf humanitären Grundsätzen aufgebauten Idealpazifismus, der trotz alles Schönen und Grossen, das er geleistet, doch der Welt den heissersehnten Frieden nicht bringen kann, weil er die Gewalt völkischer Interessen unterschätzt. Können diese sich aber nicht auf friedlichem Wege durchsetzen, so sind Kriege unvermeidlich, und keine noch so frommen Wünsche können sie verhindern. Hätte in Schweden nicht die Vernunft gesiegt, so hätten die Norweger zum Schwert gegriffen, um sich ihre Freiheit zu erkämpfen; dasselbe werden die Polen, Finnen und alle unterdrückten Völker tun, sobald die Gelegenheit sich bietet, wenn ihre Rechte ihnen nicht gutwillig gewährt werden. Sind diese aber erfüllt, so werden sie gerne mit ihren Nachbarn Bündnisse schliessen zum Schutz ihrer Interessen und des Friedens, der die Grundbedingung für jede höhere Kulturarbeit ist. Der Nationalpazifismus ist der kürzeste und sicherste Weg zur Verwirklichung der höchsten Ziele der einzelnen Völker wie der gesamten Menschheit.“

* * *

Schlusswort.

Von Karl Ludwig Siemering.

Nur das Unumgänglichste! Die Leser meiner Ausführungen in Nr. 9/10 werden leicht entscheiden können, ob es Herrn Dr. M. gelungen ist, meine Einwände zu entkräften bzw. darzutun, dass seine Methode den „kürzesten (!) und sichersten (!) Weg zur Verwirklichung der höchsten Ziele“ weist.

Die persönlichen Anwürfe meines Herrn Gegners in der ausgeschalteten Einleitung seiner Erwidlung interessieren mich zwar als Anzeichen seiner Unbelehrbarkeit, können mich aber nach dem früher Gesagten in keiner Weise berühren. Es kann wohl nicht zum besten stehen um die Sache eines Gegners, der mit Ausdrücken wie „perfid, böswillige Entstellung, unanständig“ und dergl. zu arbeiten für nützlich hält — in zahlreichen privaten Zuschriften wie in öffentlicher Diskussion. Den Inhalt der „Mitteilungen über die deutsch-französische Liga“ habe ich nicht im geringsten irgendwie entstellt, sondern habe einfach, wie Herrn Dr. M. wohlbekannt ist, wörtlich daraus zitiert; dass die betreffenden Stellen Herrn M. nicht behagen, ist zwar begreiflich, aber nicht meine Schuld.

Herr Dr. M. wird den Ton seiner privaten wie öffentlichen Polemik ganz erheblich modifizieren müssen, wenn er in Deutschland für seine Ideen ernstere Beachtung erhofft. Vorläufig tut man ihm mit kräftigen Blaustiftstrichen noch einen wirklichen Liebesdienst.

— o —

Unsere Friedens-Marke,

auf die wir in der letzten Nummer aufmerksam machten, hat überall vollen Beifall gefunden. Die Bestellungen dagegen lassen noch sehr zu wünschen übrig.

Die Redaktion.